

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. J. Miki & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Ch. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Lese bei Th. Matthias.

Posener Zeitung.
Dreiundachtzigster Jahrgang.

Annoucen-
Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Naube & Co.,
Haaftenstein & Vogler,
Kudolph Hoffe.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 884.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Donnerstag, 16. Dezember.

Insertate 20 Pf. die sechsgepaßene Petitzeile ober deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1880.

Amtliches.

Berlin, 15. Dezember. Der König hat geruht: dem Schullehrer
und Organisten Köstler zu Gollmitz im Kreise Fraustadt den Adler
Anhaber des königlichen Hausordens von Hohenzollern zu verleihen.
Der König hat geruht: dem Kammerjunker, Legationsrath Grafen
Sedendorff hier selbst die Kammerherrenwürde zu verleihen.
Dem Oberlehrer am königlichen Gymnasium zu Bartenstein, Dr.
Guard Loch ist das Prädikat Professor beigelegt worden. Der Diri-
gent der höheren Bürgerschule zu Oleszoo, Dr. Martin Schulze ist
als Rektor dieser Anstalt bestätigt worden.
Der König hat geruht: den im Ministerium der öffentlichen Ar-
beiten angestellten Geheimen Registratoren Degeler, Kröger und Böttcher
den Charakter als Kanzlei-Rath zu verleihen.
Die Kataster-Kontroleure R i s t o w z u S c h r i m m, Hertmanni zu
St. Wendel, Jacobs zu Andernach, Dösz zu Weisenheim, Clouth zu
Neumied und Bernkopf zu Neumarkt sind zu Steuer-Inspektoren ernannt
worden.
Dem Oberlehrer Dr. Tappe an der königstädtischen Realschule zu
Berlin ist das Prädikat Professor beigelegt worden. Der praktische
Arzt Dr. med. Rother zu Falkenberg ist zum Kreis-Wundarzt des
Kreises Falkenberg ernannt worden.

Vom Pandtage.

28. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Berlin, 15. Dezember. Am Ministerische: v. Puttkamer und
Kommissarien.
Die zweite Berathung des Kultusetats (Kap. 121, Eleme-
tar schulen) wird fortgesetzt.
Abg. Steinbusch: Das Recht der Kirche auf den Religions-
unterricht in der Volksschule gehört zu ihren fundamentalsten An-
sprüchen. Wird ihr dieses Recht genommen, so verkümmert man da-
mit ihre Existenz. Giebt man vollends dem Staate den Religions-
unterricht in die Hand, so wird dessen Aufgabe und Beruf völlig
verkannt. Der Staat ist eine weltliche Institution; kann er also auf
einem Gebiete thätig sein, das über das Irdische hinausgeht? Unsere
Verfassung erkennt dies vollkommen an, indem sie im Art. 24 das
Recht zur Ertheilung des Religionsunterrichts in der Volksschule
allein der Kirche einräumt. Diese klare Bestimmung hat man in der
Aera Falk auf dem Verwaltungswege vollständig außer Kraft ge-
setzt und auf Grund der Ministerialverfügung vom 18. Februar 1876
Tausende von katholischen Geistlichen von der Ertheilung des Reli-
gionsunterrichts ausgeschlossen. Allerdings hat der neue Minister
diesen Wandel getroffen; einzelne Bezirke haben aber eine so ver-
schiedene Behandlung erfahren, daß dies auffallen muß; während man
in Westfalen den Geistlichen beinahe durchgängig die Ertheilung des
Religionsunterrichts zurückgegeben hat, hat man sich in Posen
Seitens der Behörden sehr wenig entgegenkommend verhalten.
Kultusminister v. Puttkamer: Die Frage wegen Ertheilung
des katholischen Religionsunterrichts in den Volksschulen fand ich bei
meinem Amtsantritt in einem Stadium vor, welches mir allerdings die
Nothwendigkeit auferlegte, mich zu fragen, ob alle die Maßregeln, die
auf Grund des Reskripts vom 18. Februar 1876 hatten eintreten
müssen, noch heute aufrecht zu erhalten und ob die von der Erthei-
lung des Religionsunterrichts ausgeschlossenen Geistlichen noch ferner
davon auszuschließen seien. Jenes Reskript hat nicht die ganze katho-
lische Geistlichkeit in Pausch und Bogen davon ausgeschlossen, sondern
die Grundlage der Beurtheilung für die gegen den einen oder anderen
Geistlichen einzuleitenden Maßregeln individuell formuliert und ich
nehme an, daß die Provinzialbehörden sich bei Handhabung des Res-
kripts an die in demselben aufgestellten Gesichtspunkte sorgsam gehalten
haben. Seine Ausführung war eine sehr weitgehende, — 2148
römisch-katholische Geistliche wurden von der Leitung und Ertheilung
des Religionsunterrichts ausgeschlossen — in der Kampfeserregung der
Demüthigung auf beiden Seiten. Seitdem ist während der letzten vier
Jahre hier und da eine gewisse Beruhigung insofern eingetreten, als
man beiderseits prüfen konnte, ob denn nicht salvis principis wenig-
stens eine Annäherung möglich sei in der Weise, daß der Staat von
der einen Seite entgegenkomme und auf der anderen die Geistlichen
sich der Pflicht nicht entzögen, in die Leitung und Ertheilung des Reli-
gionsunterrichts unter den Voraussetzungen wieder einzutreten, die
für den Staat dabei maßgebend sein müßten. Ich habe deshalb unter
dem 5. November 1879 an die Provinzialbehörden eine Verfü-
gung ungefähr des Inhalts erlassen, daß es mir doch nöthig erscheine,
erst, nach vier Jahren, wieder einmal die Akten anzusehen und sich
zu fragen, ob denn jetzt noch Veranlassung vorliege, gegen jeden Ein-
zelnen der damals von dem Reskript betroffenen Geistlichen diese
Maßregel, die, wie ich nicht verneine, gegenüber dem Artikel 24 der
Verfassung doch ihr recht Bedenkliches hat, aufrecht zu erhalten (Sehr
wahr! im Zentrum), und ob nach der individuellen Prüfung jedes ein-
zelnen Ausgeschlossenen an der Hand der Thatfachen und der tatsächlichen
Entwickelung der öffentlichen Zustände die Uebertragung der Funk-
tionen in der vom Staat zu verlangenden Umschreibung möglich sei, wo-
bei die ungewöhnliche Maßregel der Ausschließung auf Grund objektiv
festgestellter und gewichtiger Thatfachen aufrecht erhalten bleiben konnte.
Denn die bloße Parteistellung ohne eine individuell ausgeprägte, sich
daran knüpfende agitatorische Thätigkeit reichte nach meiner Auffassung
für eine solche Maßregel nicht aus, sondern der einzelne Mann ist auf
seine Befähigung, Gerechtigkeit und ganze Haltung anzusehen. Die Re-
gierungen haben nach dieser Verfügung gehandelt, 1369 Geistliche sind
wieder zugelassen und ich erkenne es ganz unumwunden mit Dank an,
daß die Betreffenden ihren prinzipiellen Standpunkt ihrer Pflicht unter-
geordnet haben, der Schule von kirchlicher Seite die Hand zu bieten.
Auf die Frage, wie es denn komme, daß in einzelnen Regierungsbezir-
ken fast alle oder sehr viele, in anderen nur wenige Geistliche wieder
zugelassen seien, erwidere ich, daß ich zunächst und in erster Linie die
Verantwortung für die Ausführung der von mir aufgestellten
Prinzipien in die Hand der Provinzialbehörden zu legen habe.
Die Provinzialbehörden der Provinz Posen haben es mit ihrer
Pflicht für unvermeidbar gehalten, eine beträchtliche Zahl von ka-
tholischen Geistlichen als Schulinspektoren wieder zuzulassen, und ich
kann die Verantwortung nicht übernehmen, wo oben herunter in Un-
kenntniß der individuellen Lage des einzelnen Falles in die wohlüber-
legte und unter eigener Verantwortung getroffene Maßregel der Pro-
vinzialbehörden eingzugreifen. — Der Abg. Stöcker wünschte gestern in

Betreff der Lesebuchfrage in den Volksschulen von mir eine Auskunft
und eine Zusicherung. Das Lesebuch hat die Natur eines Zentralern-
mittels, es erzieht eine ganze Anzahl von Lehrbüchern der höheren
Schulen und ist zugleich das Lesebuch der Familie, ihr literarischer
Hauschatz. Wer, wie ich, die konfessionelle Einrichtung der Volkss-
chule für die relativ beste hält, wird auch das Lesebuch diesem Postulat
entsprechend eingerichtet wünschen. Aber die Abfassung eines solchen
Lesebuches ist nicht leicht, sie sollte im Allgemeinen nur in wissenschaft-
lich gebildeten Händen liegen. Auch thut man nicht gut, ihre Zahl so
überaus zu vervielfältigen und dadurch eine der Einheitlichkeit des
Volksschulunterrichts schädliche Zersplitterung herbeizuführen, zumal in
den westlichen Landestheilen mit ihrer überaus fluktuirenden Industrie-
bevölkerung, die für jene Lesebücher bestimmten Kreise so außerordent-
lich klein sind, daß bei dem häufigen Verziehen der Familien von Ort zu
Ort ein Fabrikarbeiter in einem Jahre 4 oder 5 Mal für seine Kinder
neue Lesebücher anschaffen muß. Die Kreise für die Lesebücher dürfen
also nicht allzu eng gezogen werden. Ich stimme mit dem Abg. Birchow
in Bezug auf Schulfragen in den allerwenigsten und vielleicht nur in
äußerlichen Punkten überein; aber wenn man mich nach meinem Ideal
eines Volksschulunterrichts fragt, so bekenne ich, daß ich mich eher seinem
Standpunkt nähere, als irgend einem andern. (Hört, hört! links.)
Wenn er gestern sagte, man müsse für jede Konfession und für jede
Provinz ein einheitliches Lesebuch schaffen, so zog er in letzterer Be-
ziehung den Kreis vielleicht etwas zu weit. Der künftige Lehrer, der
als Seminarist methodisch gebildet werden soll, auch auf eine richtige
Handhabung dieses wichtigen Lehrmittels, kommt in eine sehr schwierige
Lage, wenn er sich später einem vollständig fremden Material gegen-
über befindet. Für den Seminarbezirk sollte daher dasselbe Lesebuch in
der Schule wie im Seminar im Gebrauch sein.
Nun hat der Abg. Stöcker auf den Uebelstand hingewiesen, daß
ein für paritätische Schulen eingerichtetes Lesebuch auf Anordnung der
Behörde in den evangelischen Gemeinden des Niederrheins eingeführt
sei. Dieses Buch entspricht weder dem katholischen noch dem ewange-
lischen Standpunkt und ich halte es zur Einführung weder in katho-
lische noch in evangelische Volksschulen für geeignet. Inzwischen ist es
aber doch in einer größeren Anzahl von Schulen eingeführt und es
sind darüber auch aus anderen Kreisen lebhaftere Klagen an mich ge-
langt. Ich bin daher noch vor der Anregung des Abg. Stöcker der
Sache näher getreten. Der erste Beamte der betreffenden Regierung
erklärt sich in seinem sachverständigen Bericht dahin, daß nach seiner
Meinung die Abschaffung dieses Buches für evangelische Schulen ge-
boten sei, aber nur allmählich nach der massenhaften und kostspieligen
Anschaffung desselben, um den Gemeinden nicht zu starke finanzielle
Opfer aufzuerlegen, und diesem Standpunkt werde ich mich anschließen
können. Der Abg. Birchow beklagt in unseren jetzigen Zuständen vor
Allem die ministerielle Willkür. Ich fühle mich durch diesen Angriff
in keiner Weise erregt, sondern will nur darauf aufmerksam machen,
daß Herrn Birchow's Heilmittel gegen diese angebliche ministerielle
Willkür meiner Ansicht nach durchaus verfehlt sind. (Sehr richtig!
rechts.) Würde denn durch das allerumfassendste, alle Externa und
Internia der Schulverwaltung behandelnde Unterrichtsgesetz, das vielleicht
2-3000 Paragraphen zählt, die Einwirkung der verfassungsmäßigen
Verantwortlichkeit auf die Entwickelung des Schulwesens ausgeschlossen
werden können? Ich kann mir kein Gesetz denken, das alle Verhält-
nisse so schablonisirt und normalisirt, daß der Minister nur wie einer
erschient, der die Uhr aufzieht, ohne eigene geistige Mitwirkung. Dies
ist also vollständig illusorisch. Und nun gar der Unterrichtsrath! Da
das Haus Februar 1879 die Schaffung eines solchen beschlossen hat,
so bin ich verpflichtet, über diese im Schooße der Zukunft liegende
Institution mit der Achtung zu sprechen, die ein Beschluß des Hauses
erfordert. Von der Institution halte ich allerdings nicht sehr viel.
Dem technischen Unterrichtsrath des Hauses, dem ich zu präsidiren
die Ehre habe, danke ich die allerwerthesten Anregungen und folge
denen des Hauses sehr bereitwillig. Aber für Schulen, die allge-
meinen Bildungszwecken dienen, ist ein preussischer Unterrichts-
rath — versehen Sie mir den Ausdruck — ein überflüssiges Möbel.
Wie liegt verfassungsmäßig die Sache? Herr Birchow sagt, es muß
eine Organisation sein, die in voller Unabhängigkeit vom Minister die
Sache entscheide, d. h. mit anderen Worten, die ministerielle Verant-
wortlichkeit der Landesvertretung gegenüber auf diesem Gebiete hört
auf, ebenso die parlamentarische Kontrolle über die Verwaltung des
Ministers auf dem Schulgebiete. Will die preussische Landesvertretung
sich das gefallen lassen? Ich glaube nicht; sie wird an dem verantwort-
lichen Minister festhalten, der dann aber auch die nöthigen Nachbe-
fugnisse haben muß, diese Verantwortung zu tragen. Soll es aber ein
bloßer beratender Körper sein, so habe ich in der preussischen Behör-
denorganisation besser funktionirende Organe als dieser Unterrichtsrath,
über dessen Zusammenetzung ich noch keine rechte Vorstellung habe.
In den Ministerien und den Provinzialbehörden befinden sich gleich
ausgezeichnete juristisch, technisch und wirtschaftlich gebildete Organe.
Durch diese verfassungsmäßige Organisation der Behörden wird, wenn
auch nicht rechtlich, so doch thatsächlich die Entscheidung des Ministers
in der alleräußersten Weise eingeschränkt; es wird sogar häufig dem
Urtheil der Räte ein viel zu großes Gewicht beigelegt gegenüber der
Entscheidung des Ministers. Eine ministerielle Diktatur liegt also,
wenngleich sie formell vorhanden ist, materiell in keiner Weise vor, son-
dern die Schulverwaltung bewegt sich innerlich und äußerlich nach ganz
bestimmten traditionellen Vorrichtungen. Wenn der Abg. Birchow die
Sache so darstellt, als würde jetzt an alten bewährten Schuleinrichtun-
gen gerüttelt, so ist durchaus das Gegenheil der Fall. Ich bin mir
bewußt, nicht zu rütteln an den durch Gesetz, Verfassung und Tra-
dition bestehenden Zuständen des preussischen Schulwesens, und ich
kann mir gar nicht denken, wie man mir den Vorwurf machen kann,
daß ich aus einseitigen, wie er anzunehmen schien kirchlichen Gesicht-
spunkten, die Schule, die nach den preussischen Staatsverfassungen eine
Staatsanstalt ist, in einer Weise deterioriren wollte, welche den die ver-
nünftigen Grundsätze der Volksbildung darstellenden Institutionen
widerspricht. Dem Abg. Birchow macht die Auflösung der Simultan-
schulen in Grottkau schwere Sorge. Wichtig ist, daß die Regierung zu
Doppeln diese Maßregel getroffen hat. Die Kommunalbehörde in Grottkau
wurde vor einigen Jahren auf Beschluß der städtischen Behörden und
unter Bewilligung der königlichen Regierung zu Doppeln simultanist.
Nun haben die dortigen Behörden in ihrer überwiegenden Majorität
beschlossen, die Sache wieder rückgängig zu machen, der Magistrat mit
3 Stimmen gegen 2, die Stadtverordneten, unter denen übrigens kein
evangelischer Geistlicher sitzt, mit 9 Stimmen gegen 4. Wenn ich der
Maßregel der Regierung in Dppeln nicht entgegentrat, so entspricht
das genau meinem Verhalten und den Grundsätzen, die ich bei der Gl-

binge Schuldebatte aufstellte. Ich erachte bestehende Simultan-
schulen, namentlich wenn sie durch wohlüberlegten Beschluß der Kommunal-
behörden eingerichtet sind, als eine zu Recht bestehende Thatsache, an
der ich ohne den dringendsten Nothstand nichts ändern kann. Wenn
aber die zur Unterhaltung der Schule Verpflichteten aus eigener An-
regung und Initiative die Ueberzeugung aussprechen: wir haben da-
mals eine verfehlt Maßregel getroffen, es ist für den konfessionellen
Frieden besser, sie rückgängig zu machen, so widersehe ich mich dem
nicht und werde in Zukunft in derartigen Fällen mich in derselben
Linie halten. (Beifall rechts.) Dem Abg. v. Stableski kann ich ver-
sichern, daß Tendenzen, bei den Schuleinrichtungen in der Provinz
Posen die polnische Sprache zu verdrängen oder gar zu ver-
nichten, der Regierung durchaus fern liegen. Sie hat ein volles
Verständniß für die Anhänglichkeit unserer Mitbürger polnischer
Abstammung an ihre Muttersprache und würde noch viel
bereitwilliger auf Wünsche von jener Seite eingehen, wenn
sie sich der vollen Ueberzeugung hingeben dürfte, daß diese An-
hänglichkeit doch nicht häufig mit Aspirationen zusammenhängt, welche
die Integrität und das Wohl des preussischen Staates bedrohen. Das
legt ihr die Verpflichtung einer sehr großen Vorsicht bei Behandlung
dieser Dinge auf. Der preussische Staat ist es sich selbst und vor
Allem seinen Angehörigen polnischer Abstammung schuldig, dafür zu
sorgen, daß sie wenigstens in den 8 Jahren des schulpflichtigen Alters
einen Umgang mit der Kenntniß der deutschen Sprache beschaffen wer-
den. Untere polnische Mitbürger können an unserm Kulturleben mit Erfolg
nur theilnehmen, wenn dieses Ziel erreicht ist. Eine wesentliche Be-
dingung ist hierbei freilich, daß den polnischen Kindern unter allen
Umständen die Unterweisung in ihrer Religion nicht beschränkt werde,
und ich werde jede begründete Beschwerde in dieser Richtung gern be-
rückichtigen. Diese Rücksicht entbindet die Regierung jedoch nicht von
der Pflicht, alle Maßregeln zu treffen, die geeignet sind, den Kindern
polnischer Abstammung wenigstens eine Geläufigkeit in der deutschen
Sprache zu verschaffen. Man hat bis vor wenigen Jahren in den
polnischen Landestheilen sich damit abgequält, der deutschen Sprache
einige Verbreitung zu verschaffen und diese Versuche sind einfach
daran gescheitert, daß man sich in der Wahl der Unterrichtssprache
vergriffen hatte. So lange die polnische Sprache die Unterrichts-
sprache bildete, war von einem Fortschritt im Deutschen nicht die
Rede. Es ist das auch sehr erklärlich, denn bis zum sechsten Lebens-
jahre lebt das Kind ausschließlich in der Sphäre seiner Muttersprache
und mit dem vierebenten Jahre, also in dem Alter, wo für die höhe-
ren Klassen die Entwickelung überhaupt wesentlich erst beginnt, hört
die Einwirkung der Schule bereits auf. In diesen kurzen 8 Jahren
soll unter den schwierigsten lokalen Verhältnissen die ganze Thätigkeit
der Schule auf dem Gebiete des deutschen Sprachunterrichts zusam-
mengerängt werden. Wollte man sich da auf 4-6 Stunden beschränken,
so würde man keinen Schritt vorwärts kommen und deshalb hat die
Regierung mit Recht 1873 sich entschlossen, mit Ausnahme des Reli-
gionsunterrichts, welcher in der Provinz Posen auf allen Stufen in
der Muttersprache ertheilt wird, die deutsche Sprache zur Unterrichts-
sprache zu machen. Die Schwierigkeit, in zwei Sprachen zu unter-
richten, ist für Lehrer und Schüler so groß, daß dadurch die Erfüllung
des Peniums der Volksschule fast unmöglich wird. Es bleibt deshalb
nichts übrig, als zunächst dem deutschen Unterricht den Vortritt zu
lassen, um erst eine gewisse Fertigkeit und Geschicklichkeit des Kindes
zu erreichen. Ich weiß sehr wohl, daß von polnischer Seite dies als
eine Restriktion der polnischen Sprache aufgefaßt wird. (Auf: Sehr
richtig!) Dies ist durchaus nicht der Fall. Die sachverständigen Gut-
achten gehen vielmehr davon aus, daß, je fester die Schulkinder in den
beiden ersten Jahren in den Elementen des deutschen Schreib- und
Leseunterrichts gebracht sind, um so rascher und geläufiger sie sich später
auch das Polnische aneignen. (Widerpruch.) Den Beweis für diese
Behauptung werden erst die Resultate und Erfolge einer längeren
Reihe von Jahren liefern. Ich bitte Sie also, sich nicht dem Vorur-
theil hinzugeben, als beabsichtige die Regierung, das Polnische aus der
Volksschule zu verdrängen; die Tendenz unserer Maßregel ist nur
darauf gerichtet, das Ziel zu erreichen, welches wir im eigenen Inter-
esse unserer polnischen Mitbürger für nothwendig halten.
Abg. Dr. Windthorst: Wir müssen den Satz unverrückbar
festhalten, daß die Kirche allein das Recht und die Pflicht hat, den
Religionsunterricht zu ertheilen, und daß dem Staat darauf kein An-
spruch zusteht. Die Verfassung spricht dies ausdrücklich aus; übrigens
liegt es auch in der Natur der Dinge, da der Staat weder einen Auf-
trag dazu erhalten, noch die Organe hat. Deshalb ist auch die Verfü-
gung vom 18. Februar 1876 unhaltbar, deren Ausübung wir unauf-
hörlich beantragen werden. Inzwischen wollen wir uns dem Versuch
des Ministers, unter einseitigem Rubelassen des Prinzips die Sache
in Ordnung zu bringen, nicht widersehen; aber der Minister irrt, wenn
er glaubt, die Geistlichen würden in irgend einer Weise das Prinzip
aufgeben. Daran halten sie voll und ganz fest. Wenn der Minister
die Verantwortlichkeit für die richtige Ausführung seiner Verfügung
vom November v. J. im Wesentlichen den Provinzialbehörden glaubt
überlassen zu müssen, so kann ich ihm in dieser Ansicht generell nicht
bestimmen. Könnte ein Ministerium in der Verwaltung die Verant-
wortlichkeit den Unterbehörden zuschieben, so würde die ganze Sache
verrückt; aber insofern hat der Minister Recht, daß er nicht gleich in
der Lage ist, die Dinge im Einzelnen vollständig zu prüfen. Einzelnen
konkreten Fällen gegenüber darf sich aber der Minister nicht mit der
Verantwortlichkeit der Provinzialbehörden decken, sondern da muß er
selber prüfen. Es ist im höchsten Grade auffallend, daß man in ein-
zelnen Regierungsbezirken in solchem Grade gegen andere zurückgeblie-
ben ist. In Westfalen hat man den Geistlichen ihre Funktionen beinahe
generell wieder gegeben, in Breslau und dem Kölner Bezirk nicht.
Je mehr der Minister glaubt, den Provinzialbehörden überlassen zu
müssen, desto mehr hat er die Aufgabe, nachzusehen, ob seine Maßre-
geln nicht auf kulturkämpferische Gewohnheiten stößen, und wenn dies
der Fall, die Träger solcher Gewohnheiten entweder von den Gewohn-
heiten zu befreien oder sie von ihren Stellen zu befreien. (Weiterheit.)
Gerade an diesem Beispiel zeigt es sich, daß der Minister auf das allein
richtige Prinzip zurückkommen muß, daß der Kirche der Religionsunter-
richt gebühre. Wenn der Minister die Absicht hat, das Prinzip zur
Zeit nicht weiter zu erörtern, dann wird er im Interesse Aller handeln,
wenn er die thatsächliche Erledigung so gestaltet, daß kein Anlaß mehr
ist, auf das Prinzip zurückzukommen. Ich erkenne an, daß man nicht
Alles an einem Tage thun kann. In dieser Richtung hat die Aera
Falk verherend gewirkt; solche Verheerungen wieder gut zu machen,
ist gar nicht leicht, besonders da eine Reihe von Personen in den Din-
gen wirken, die durch die Aera Falk hingestellt sind und die

man leider nicht sofort wieder los werden kann. — Ich freue mich, daß man von den sogenannten allgemeinen Lesebüchern zurückkommen und dieselben wieder konfessionell gestalten will. Gerade die Lesebücher dokumentieren es, wozu die Aera Falk führte. Mit der Theſis des Abg. Birchow, daß das bestehende Schulwesen nicht nach der Person des jeweiligen Ministers wechseln dürfe, bin ich einverstanden. In diesem Sinne haben wir seiner Zeit auch die Kreisung eines eigenen Kultusministers oder doch einer besonderen Einrichtung im Ministerium zur Wahrnehmung unserer Interessen verlangt, zumal in Preußen der Kultusminister regelmäßig Protestant ist, wenigstens bisher gewesen ist. Hierin sind wir aber von Herrn Birchow und seinen Freunden nicht unterstützt worden. Durch ein Unterrichtsgesetz das innere Schulwesen wird nothwendig sichern oder doch mit der Unterdrückung der Minorität enden. So lange man überhaupt Staatschulen haben will, muß man in schonendster Rücksicht auf dem Verwaltungswege dasjenige thun, was bis zur Aera Falk in Preußen Rechtens gewesen ist. Auch der Unterrichtsrat wird das nicht leisten, was Birchow wünscht. Im Uebrigen haben wir schon so viel Parlamente, daß Gott uns vor einem Schulparlamente bewahren möge. Die einzige Abhilfe liegt in der Freigebung des Unterrichts. Mit der allgemeinen Haltung des Ministers bin ich einverstanden, nur nicht mit seiner Behandlung bestehender Simultanschulen. Zu meinem Bedauern sind wiederholt Anträge auf Aufhebung von Simultanschulen zurückgewiesen worden mit dem Hinweis darauf, daß sich noch nicht Uebelstände genug gezeigt haben. Ein prinzipiell Unzulässiges ist an sich ein Uebel, das ohne Weiteres beseitigt werden muß. Das Gesetz über die polnische Sprache sehe ich am liebsten aufgehoben, mindestens aber in der schonendsten Weise ausgeführt. Man gewinnt die Menschen nicht, wenn man sie in dem, was ihnen heilig ist, verlegt. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Strosser: Nach der Ansicht der bedeutendsten Pädagogen muß der erste Unterricht in der Muttersprache und deshalb der Religionsunterricht in den polnischen Provinzen polnisch erteilt werden. Die polnischen Abgeordneten mögen aber auch in ihren Landesteilen die Vaterlandsliebe zum preussischen Staate stärken, die sie 1866 und 1870 bewährt haben. Es ist erfreulich, daß der Minister die vielfach künstlich hervorgerufene Strömung für die Simultanschulen eingedämmt hat, und ich bitte ihn dringend, Anträgen auf Wiedererhebung der Simultanschulen immer stattzugeben. Es ist äußerst bedenklich, Kinder verschiedener Konfessionen, Juden und Christen, in demselben Lokale zu unterrichten, die Gegenfäße reichen zu weit in alle Gegenstände hinein, um den Frieden wahren zu können. Der Abg. Birchow hat den Abg. Stöcker absolut unrichtig aufgefaßt, wenn er meint, der letztere wolle die Lesebücher nach dem lokalen Bedürfnis eines jeden Pfäffleins zugeschnitten sehen. Auch hätte ich eine solche beleidigende Aeußerung gegen einen bedeutenden Mann unteres Volks von einem Abgeordneten nicht erwartet, der sich erst vor Kurzem, und zwar mit Recht, über den beleidigenden Ton der „Nordd. Allg. Ztg.“ beschwert hat. Die Provinzialynoden bestehen nicht nur aus Geistlichen. Sie haben für die beiden stark bevölkerten Provinzen nur je ein Lesebuch verlangt, und auch dieses nur fakultativ. Auf die stark fluktuierende Arbeiterbevölkerung hat das Lesebuch nicht Rücksicht zu nehmen, auch in den Westprovinzen bildet die sesshafte Bevölkerung die Mehrzahl. Hätte Birchow seit 1872 bei den Reformen auf allen Gebieten der Gesetzgebung vor dem Schaufelsystem gewarnt, dann bräuheten wir heute nicht Alles rückwärts zu reformieren; was leider zu langsam geschieht. Kann denn wohl ein Unterrichtsgesetz von tausend Paragraphen, wie es Fall vor 2 Jahren ausgearbeitet hat, hier zu Stande kommen? Von den 120 Paragraphen des Entwurfs von 1869 haben wir in einer Session nur 50 fertig gebracht. (Ruf: Justizgesetze.) Für ein Unterrichtsgesetz hätten wir nicht eine so kompakte Majorität. Einen Unterrichtsrat wünsche ich überhaupt nicht; wie Birchow ihn sich denkt, trägt er den Keim des Todes in sich. Er würde Männer von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken enthalten, und wenn der Abg. Birchow selbst Mitglied wäre und seine Ansichten geltend machen wollte, so würde der ganze Unterrichtsrat vor Entzügen sterben. Wir sind zufrieden, daß dem Minister hochbegabte und charakterfeste Räte zur Seite stehen. Wir wollen auf dem historischen Boden bleiben, der Kirche ihre Mitwirkung an der Schulaufsicht erhalten, jedoch dem Staat sein durch hundertjährige Arbeit erworbenes Recht auf hauptsächliche Leitung der Schulen nicht nehmen. Möge in Zukunft die Lokalschulinspektion wieder in die Hände der Geistlichen gelegt und den Gemeinden und Schulvorständen wieder die gebührende Mitwirkung im Lokalschulwesen gegeben werden.

Abg. Schmidt (Stettin) fragt die Regierung, ob sie nach eingetragener Information schon Stellung genommen habe zu dem Handelsunterricht des Rittmeisters Clauffon-Kaas, der schon in den schlesischen Nothstandskreisen auf Anordnung der Regierung zu Dppeln umhergereist sei.

Geb. Rath Schneider: Die vom Minister nach Dänemark und Schweden entsandte Kommission hat zwar ihren Bericht dem Minister noch nicht erstatten können; doch soll deshalb die Antwort auf die Anfrage nicht vorenthalten werden, da die Regierung diese Gelegenheit mit Freude ergreift, um an dieser bedeutenden Stelle auszusprechen, mit welcher Gastfreundschaft und freundschaftlichem Entgegenkommen die Kommission in Dänemark und Schweden überall begrüßt und in ihren Arbeiten gefördert worden ist. Der Kommissar erstattet sodann einen ausführlichen Bericht über die Ergebnisse der Reise der erwähnten Kommission. In Dänemark findet der Handarbeitsunterricht wenig Anklang und scheint dort auch keine Zukunft zu haben. In Schweden dagegen sind die bisherigen Versuche von großem Erfolge gewesen. Die preussische Regierung beabsichtigt nicht, einen obligatorischen Gegenstand aus diesem Unterricht zu machen, da sie die bisher verfolgten Ziele der Volksschule diesem Zwecke nicht opfern kann. Dagegen wird gegenüber den privaten Unternehmungen dieser Art Wohlwollen und vielleicht auch Förderung angezeigt sein, und es liegt aller Grund vor, dieser Bewegung im Nachbarlande aufmerksame Theilnahme zu bewahren. (Beifall.)

Auf Antrag des Abg. Ricker werden die Titel 23—25 (Schulaufsichtskosten) mit dem dazu gestellten Antrag Weber, auf Antrag des Abgeordneten v. Hammerstein der Titel 29 (Ruhegehälter für emeritirte Volksschullehrer) mit dem Antrag Ricker an die Budgetkommission verwiesen.

Zu Tit. 27 (Beihilfen, Zuschüsse und Alterszulagen 12 Millionen) bittet Abg. Schlieper die Regierung um Beihilfe für die katholische Schulgemeinde in Herlohn. Dieselbe ist vor einigen Jahren von der evangelischen getrennt, und sind ihr nur fast arme Arbeiter zugewiesen. In Folge dessen müssen die wenigen Staatssteuer zahlenden Mitglieder 614—629 Prozent der Staatssteuer an die Gemeinde zahlen, daneben noch das Schulgeld für ihre Kinder. Der bestmögliche unter ihnen, ein subalterner Eisenbahnbeamter, hat demnach von seinem Gehalt von 1500 Mk. 218 Mk. Steuern abzugeben. Der Schulvorstand hat wiederholt Staatsbeihilfe verlangt, aber nur einen widerwärtlichen Zuschuß von 214 Mk. erhalten.

Geb. Rath Raffel: Die Regierung wird sehr geneigt sein, diesem Wunsche nachzugeben. Bisher ist aber eine Vorstellung an den Minister nicht gelangt, sondern, wie es scheint, nur an die Provinzial-Behörden.

Abg. Graf Baudissin beschwert sich über die ungleichmäßige Behandlung selbständiger Gutsbesitzer in der Gewährung von Staatszuschüssen seitens der Regierungen. Früher habe man Lehrer und Prediger zu den Gemeindeabgaben mit herangezogen, sodann aber die Gemeinden gezwungen, den Lehrern die Steuern zurückzugeben, weil der Lehrer Anspruch auf ein bestimmtes Gehalt habe. Man müsse das Gehalt der Lehrer auskömmlich bemessen, dann aber auch es der Bestimmung gemäß verwenden lassen. Nehme man ihnen die Gemeindeabgaben ab, so müsse man schließlich auch die Staatssteuern erlassen. Es wäre erfreulich, wenn man die Gehälter der Lehrer erhöhe und die Schulgemeinden entlasten könnte. Eine gesetzliche Regelung der Ma-

terie sei dringend geboten, schon wegen des besseren Einvernehmens zwischen Lehrend und Gemeinden.

Geb. Rath Raffel: Die in diesem Titel ausgeworfenen Zuschüsse sind nur dann zu gewähren, wenn die verpflichteten Gemeinden nicht dazu im Stande sind und auch kein anderer für sie aufzukommen hat. Die Gutsbesitzer sind aber zu letzteren nach § 33 Theil I. Tit. 12 des Landrechts verpflichtet. Ich bedaure, dem Vorredner nicht versprechen zu können, daß die Regierung die Gutsbesitzer von dieser Verpflichtung befreien wird. Wenn der § 33 nicht mehr als geltend angesehen würde, so hätten die Gutsbesitzer keinen Vortheil davon, denn damit würden ihre Exemtionen von den Schullasten der Gemeinden auch fortfallen, wie dies in Westfalen seit der französischen Gesetzgebung der Fall ist.

Abg. Langerhans: Der vom Abg. Schlieper vorgetragene Fall hat insofern ein großes Interesse, als die Schulgemeinde bei Errichtung einer Simultanschule ganz gut hätte bestehen können. Es war außerordentlich leichtsinnig, in einer solchen Gemeinde, die sich nicht erhalten kann, eine neue Schule zu gründen, die dann auf Staatsunterstützung angewiesen ist, während sie als Theil der Gemeindschule Gelegenheit hätte, zu bestehen.

Abg. v. Hammerstein: Wir verlangen die gesetzliche Regelung der Schulbeiträge nicht im materiellen Interesse der Gutsbesitzer, sondern nur um sie von der Willkür der Regierung unabhängig zu machen. Die Gesetzgeber, welche der Aufhebung der Untertänigkeit 1807 nahe standen, hielten den § 33 II. 12. L.-R. für aufgehoben, das Obertribunal aber nicht, und zwar wohl bloß deshalb, weil die Schulbeitragspflicht sonst ganz in der Luft schweben würde. Ob das Reichsgericht diesem bloß praktischen Grunde zustimmen wird, weiß man noch nicht.

Minister v. Puttkamer: Ich muß konstatieren, daß die Behörden vollkommen gesetzlich verfahren, da die höchsten Gerichtshöfe den Fortbestand des § 33 anerkannt haben. Wenn ein einzelner Gutsbesitzer dadurch über sein Vermögen belastet wird, so steht nichts im Wege, ihm einen Zuschuß aus diesem Titel zu gewähren. Das soll auch nach mehreren Ministerial-Verfügungen, deren ich selbst eine erlassen habe, geschehen. Doch muß die Regierung natürlich einen solchen Antrag sorgfältig prüfen. Ich erkenne an, daß es technisch und politisch zulässig ist, die Frage der Schuldotationen, von dem gesammten Unterrichtsgesetz herausgehält, zu lösen, und daß man schließlich diesen Weg nicht betreten müssen, wenn man überhaupt in der Frage weiter kommen will. (Hört!) Ich glaube aber, daß man an ein solches Gesetz, das auch die Unterhaltungsspflicht involvirt, nur unter zwei Voraussetzungen herantreten kann. Es muß erstens die Verwaltungsorganisation zu einem gewissen Abschluß gekommen sein; denn solange die Provinzen verschiedene Organe für die Ausbringung der Laſten haben, fehlt es an der Basis zu einem solchen einheitlichen Gesetze für die Monarchie. Sodann muß aber auch die finanzielle Frage geregelt sein. Denn eine Vermehrung der Schullasten ist bei diesem Gesetz unvermeidlich. Schon die gesetzliche Regelung der Lehrerpenſionen macht eine Mehrausgabe von 2—3 Millionen Mk. nöthig. Das Postulat auch nur mäßiger, ganz fester Normalbefolgungen der Lehrer macht auch unweifelhaft eine größere Belastung der Gemeinden, Kreise u. s. w., sowie des Stats nöthig. Trotzdem bin ich nicht abgeneigt, die Frage schon jetzt zu erwägen.

Abg. Birchow: Der Herr Minister hat meine gefrige Rede in mehreren Punkten mißverstanden, so namentlich in der Frage des Unterrichtsraaths. Der Antrag, den ich im Jahre 1878/79 gestellt habe und der von der Budgetkommission angenommen wurde, forderte die Regierung auf, eine organische Einrichtung in der nächsten Session vorzuschlagen, welche als regelmäßig beratende Behörde dem Unterrichtsminister zur Seite stehen und sich nach der Natur der verschiedenen Unterrichtsweige in Abtheilungen gliedern sollte und in welche neben Ministerialbeamten auch praktische Schulmänner und andere Sachverständige berufen würden. Dieser Antrag wurde allerdings nur in einer vom Abg. Tschow amendierten Form vom Hause angenommen, dahin lautend, die Regierung möge in Erwägung ziehen, ob es nicht zweckmäßig sei, eine organische Einrichtung zu schaffen, welche als beratende Behörde dem Unterrichtsminister zur Seite stehe, und möge über das Resultat dieser Erwägung dem Landtage Mittheilung machen. Der Herr Minister sieht also, daß meine Stellung in dieser Frage mit dem jeweiligen Ministerium nichts zu thun hat, denn als dieser Beschluß gefaßt wurde, war Herr Falk Minister, und auch damals war für uns der Gesichtspunkt maßgebend, die ministerielle Willkür einzuschränken. Von der Willkür des gegenwärtigen Ministers habe ich nicht gesprochen, ich habe nur Herrn Stöcker gegenüber betont, wie bedenklich es sei, wenn der Minister jedes Mal bestimme, welche Lesebücher gemacht werden sollen. Jede derartige Maßregel — ich erinnere an die neue Orthographie — wirkt wie eine Revolution, ganze Verlagsartikel werden mit einem Schlage unbrauchbar, auf den Buchhandel wird eine Preſſion ausgeübt und jede Familie wird in ihrem Gelbbeutel getroffen. Daher sage ich, in dieser Materie brauchen wir den Minister gar nicht. Er ist doch nicht so speziell sachverständig, daß er das beste Lesebuch ausfindig machen könnte, ich verlange für diese Fragen gar keinen verantwortlichen Minister, sondern eine gute sachverständige Instanz. Wir sind viel zu gut geschult und zu bescheiden, als daß wir für den Unterrichtsrat eine so große Selbständigkeit verlangen würden, er soll wirken durch die Bedeutung seiner Stellung und seiner Elemente und durch die Güte seiner Gründe. Ein solcher Unterrichtsrat wäre etwas ganz anderes als die verschiedenen Räte, deren Anmachern der Kollege Windthorst bedauert. Die Eisenbahnräthe, Volkswirtschaftsräthe u. s. w. sind doch nur Scheininstanzen. Ich freue mich betrefſs der Schullesebücher mit dem Herrn Minister in einer gewissen Uebereinstimmung zu sein. Meine und meiner Partei Stellung in diesen Fragen ist nie eine rein gouvernementale gewesen, ich sage leider, wir würden es ja gern gewesen sein. Auch Herr Falk war nicht in allen Punkten unser Mann, wir haben ihm in Schulkragen wiederholt Opposition machen müssen. Betrefſs des Grottkauer Falles nehme ich die Korrektion des Herrn Ministers an, ich war in der Eile, mit der die Sache behandelt wurde, nicht genügend informiert. Der Herr Minister hat vorhin die Vorbedingungen geschildert, welche erfüllt werden müssen, ehe das Schuldotationsgesetz möglich wird, und er hat mit Recht hervorgehoben, daß erst die Verwaltungsreform zu einem gewissen Abschluß gebracht werden müsse. Den Kardinalpunkt hat er dabei nicht erwähnt, nämlich die Landgemeindeförderung, denn ohne diese schwebt die Dotationsangelegenheit in der Luft, selbst wenn die ganze übrige Organisation abgeschlossen wäre. Eher wird nicht ein friedlicher und ruhiger Zustand als Grundlage der politischen Entwicklung in Preußen gewonnen sein, ehe nicht die Landgemeindeförderung geschaffen ist. (Beifall links.)

Beim Titel 28 (Einrichtung neuer Schulstellen) beklagt Abg. Scholz die Ungleichmäßigkeit der Vertheilung der Schullasten zwischen Gemeinde, Stadt und Patron.

Bei Tit. 33 (Zuschüsse für Fortbildungsanstalten) weist Abg. Götting darauf hin, daß derartige Einrichtungen viel besser zur Hebung des Handwerks wirken, als Zwangsinnungen es können. Er bittet deshalb die Regierung, diese Art des Unterrichts, namentlich auch die weitere Ausdehnung des funktgewerblichen Unterrichts stets im Auge zu behalten und bittet speziell, die Fortbildungsschule seiner Vaterstadt Hildesheim aus Staatsmitteln zu unterstützen.

Geb. Rath Dr. Wehrenpennig: Die Fortbildungsschule in Hildesheim ist in einem erfreulichen Aufschwung begriffen und findet in allen Zweigen des Handwerks mehr und mehr Theilnahme. Ich bedauere aber beim besten Willen, einen Zuschuß nicht in Aussicht stellen zu können. Der Fonds ist seit 1874 unverändert geblieben. Er war für damalige Verhältnisse ausreichend bemessen. Die inzwischen gewählten Zuschüsse müssen natürlich fortgezahlt werden und die Unterrichtsverwaltung sieht sich augenblicklich außer Stande, bei Errichtung neuer Anstalten zu helfen.

Abg. Hauenslein ist mit der Antwort des Regierungskommiss-

ſars bezüglich Hildesheim unzufrieden und bedauert, daß auf dem preussischen Stat nicht einmal Mittel vorhanden seien, um in der Unterhaltung von Fortbildungsschulen mit den Gemeinden gleichen Schritt halten zu können. Der Minister möge für eine Verstärkung der Fonds im nächsten Stat sorgen, denn es mache einen sonderbaren Eindruck, daß nicht einmal ein Paar Tausend Mark für Fortbildungsschulen disponibel seien, während man 14 Millionen Steuern erlassen wolle.

Damit ist das Kapitel erledigt. Beim Kap. 122 (Kunst und Wissenschaft) spricht Abg. Ricker den Wunsch aus, daß die Regierung ihr Augenmerk auf eine dem Gesetze und dem alten Plan des Bauwerks entsprechende Restauration der Marienburg richte und bittet den Minister, in den nächsten Stat eine größere Summe dafür einzustellen.

Reg.-Komm. Geb. Rath Jordan betont, daß die Regierung seit Dezennien der Marienburg ihre Sorge zuwenden und daß, ehe zu besonderen Ausgaben geschritten werden könne, die im Gange befindlichen Vorarbeiten beendigt sein müßten.

Abg. Reichensperger (Köln) wünscht, daß bei der Restauration der Marienburg in Bezug auf die Stilistik mit größter Sorgfalt verfahren und die Arbeit einem kundigen Meister übertragen werde.

Um 4 Uhr verläßt das Haus die weitere Berathung bis Abend 8 Uhr.

3. Sitzung des Herrenhauses.

Berlin, 15. Dezember. Am Ministerische Manbach, Graf zu Culenburg, Dr. Friedberg und mehrere Kommissarien.

Professor Dr. Baumstark referirt über die von der Regierung vorgelegte Uebersicht über die Verwaltung der fiskalischen Bergwerke, Hütten und Salinen während des Statsjahres 1879/80 und beantragt, dieselbe für erledigt zu erklären. Das Haus tritt diesem Antrage ohne Debatte bei. Ebenso werden die Gesetzentwürfe, betreffend die Westholsteinische Eisenbahn-Gesellschaft, die Weichselstädtebahn und die Vereinigung des Thiergartens mit der Stadtgemeinde Berlin ohne Debatte genehmigt.

Zu dem Bericht, betreffend die Bauausführungen der Eisenbahnverwaltung während des Zeitraums vom 1. Oktober 1879 bis dahin 1880, nahm der Fürst Putbus das Wort, um auf einen Widerspruch zwischen dem im Vauanschlage der Nordbahn ausgeworfenen Summen und den für die Bauausführung verausgabten Geldern aufmerksam zu machen und richtete an die Regierung die Frage, ob die Baugelber, wie der Bericht angebe, in der That schon zum größten Theil verwendet seien, obwohl mehrere in Aussicht genommene Bauten, insbesondere ein besonderer Bahnhof in Berlin und in Stralund, gar nicht in Angriff genommen seien.

Der Minister erwiderte, daß der Bau nicht in allen Punkten nach dem Kostenanschlage habe ausgeführt werden können. Einem etwaigen Vorwurf, daß die Baugelber nicht streng innerhalb der durch die Bewilligung gezogenen Grenzen verausgabten seien, müsse er entgegenzutreten. Weitere Bauausführungen, insbesondere die Verbindung Stralunds mit der Insel Rügen, die man von verschiedenen Seiten gewünscht hatte, seien durch die bewilligten Summen nicht zu ermöglichen gewesen.

Kommiszenrath Raute n r a u c h bemängelt die Bahnhofsanlagen in Trier und spricht die Hoffnung aus, daß dieselben nicht als dauernde zu betrachten seien.

Minister M a y b a c h bestätigt diese Annahme. Die gegenwärtigen Anlagen seien nur provisorische und würden später durch andere ersetzt werden.

Das Haus erklärt hierauf den Bericht für erledigt.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Wahl eines Mitgliedes für die statistische Zentral-Kommission. Nach dem Vorschlage des Prof. Dr. Baumstark wird Generalpostmeister Stephan durch Akklamation gewählt.

Zu dem Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der k o m m u n a l s t ä n d i c h e n V e r b ä n d e in der Provinz P o m e r n sprach Graf Brühl sein lebhaftes Bedauern über die Beseitigung dieser Verbände aus, glaubt jedoch, da dieselben selbst ihr Todesurtheil unterschrieben hätten, seinerseits keine Veranlassung zu haben, eine Begnadigung einzutreten zu lassen.

Der Gesetzentwurf wird hierauf ebenso wie die Vorlage, betreffend die Aufhebung des kommunalfürstlichen Verbandes in der Rheinprovinz, angenommen. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Plandruckbeilage.)

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 15. Dezember. In der heutigen Sitzung des Volkswirtschaftsausschusses gab der Handelsminister Aufklärungen über die zollpolitischen Verhandlungen mit Deutschland. Es wurde beschloffen, die Mittheilungen des Ministers geheim zu halten. — Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Graf Hatzfeld, der gestern hier eintraf, ist heute nach Frankfurt a. M. abgereist.

London, 14. Dezember. Bei der in Reading stattgehabten Wahl eines Parlamentsmitgliedes ist G. J. Shaw Lefevre (liberal) ohne Opposition wiedergewählt worden. — In den Spinnereien von Nord- und Nordost-Lancashire sind die Löhne um 5 pCt. erhöht worden.

London, 15. Dezember. Der Ministerrath hat sich gestern mit den Einzelheiten der irischen Reformbill beschäftigt und wird heute die Berathung fortsetzen. — Der russische Botschafter, Fürst Lobanow hatte gestern eine Konferenz mit dem Staatssekretär des Auswärtigen, Lord Granville.

Cork, 14. Dezember. Anhänger der Landliga haben sich heute der Weiterbeförderung von 30 Kindern und von Vieh, dessen Eigener unter dem Banne der Landliga stehen, widersetzt und dieselbe verhindert. Das Vieh wird jetzt von 40 bewaffneten Polizeidienern bemacht. Dem Richter Dowse, welcher den Affen zu Connaught präsidirt, ist ein Drohbrieff zugegangen.

Petersburg, 14. Dezember. Der russische Botschafter in Wien, v. Dubril, ist heute Abend hier eingetroffen.

Petersburg, 15. Dezember. Dem Prinzen Peter von Oldenburg ist anlässlich seines 50jährigen Dienstjubiläums ein eigenhändiges Schreiben des deutschen Kaisers mit herzlichsten Glückwünschen zugegangen. — Die „Agence Russe“ bestätigt, daß in den Verhandlungen mit China eine friedliche Wendung eingetreten sei.

Agusa, 15. Dezember. Zur Verhinderung von Verſuchen der Albanesen, das von den Montenegrinern okkupirte Gebiet zu beunruhigen, sind dem Bernehmen nach, türkischerseits 17 Bataillone die neue Grenze entlang aufgestellt worden.

Verantwortlicher Redakteur H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Produkten-Börse.

Berlin, 15. Dezember. Wind: SW. Wetter: Leichter Frost. Weizen per 1000 Kilo loco 183-235 M. nach Qualität gefordert...

Gekündigt - Zentner. Regulierungspreis - M. - Weizenmehl per 100 Kilogr. brutto 00: 31,00-29,50 M. 0: 29,50 bis 28,50 M. 0/1: 28,50 bis 27,50 M. - Roggenmehl infl. 0/1: 29,75 bis 28,75 M. 0/1: 28,50-27,50 M. per Dez. 28,60-28,50 bez. Dez.-Jan. 28,60-28,50 bez. pr. Jan.-Febr. 28,60-28,50 bez. Februar-März - bez. März-April - bez. April-Mai 28,50-28,40 bez. Mai-Juni 28,00-27,90 bez. Gekündigt - Ztr. Regulierungspreis - M. - Delstaat per 1000 Kilo Wintertraps neuer - M. Wintertraps neuer - M. - Rübsöl per 100 Kilo loco ohne Faß 55,0 M. flüssig - mit Faß 55,3 M. per Dezember 55,2 M. per Dezember-Januar 55,2 M. per Januar-Februar 55,3 M. per Februar-März - bez. per März-April - bez. April-Mai 56,6 M. Mai-Juni 57,0 M. - Gekündigt - Ztr. Regulierungspreis - M. - Leinöl per 100 Kilo loco 67,0 M. - Petroleum per 100 Kilo loco - per Dezember 28,3 M. bez. per Dezember-Januar 28,3 M. bez. per Januar-Febr. 28,4 M. bez. Febr.-März 28,4 M. bez. März-April - M. bez. April-Mai 27 M. Gekündigt - Ztr. Regulierungspr. - M. Spiritus per 100 Liter loco ohne Faß 55,3-55,2 bez. per Dezember 55,3-55,1 M. bez. per Dezember-Januar 55,2-55,0 M. bez. per Januar-Februar 55,2-55,0 bez. per Februar-März - per März-April - M. bez. per April-Mai 56,2-56,3 M. bez. per Mai-Juni 56,4 bez. Juni-Juli 57,2 M. bez. Gekündigt 20,000 Liter. Regulierungspreis 55,3 M. (Berl. Börs.-Ztg.)

Weizen unverändert, per 1000 Kilo loco gelber 200-208 M. geringer 180-197 M. weißer 202-211 M. per Dez. - bez. - M. per Frühjahr 209 M. bez. per Mai-Juni - M. bez. - Roggen etwas fester, per 1000 Kilo inländischer 198-203 M. - Zibauer - M. russischer - M. per Dezember 205,5 M. Br. und Gd. per Frühjahr 196,5-197 M. bez. per Mai-Juni 193,5 M. Br. und Gd. per Juli - Gerste matt, pr. 1000 Kilo loco geringe 140 bis 150 M. - Oberbruch- und Märter 152-159 M. - Futter - M. - Hafer mäßig, per 1000 Kilo loco 140-151 M. - Erbsen mäßig, per 1000 Kilo loco Futter 155-165 M. - Koch- 170-180 M. - Mais unverändert, per 1000 Kilo loco 138-144 M. - Wintertraps matt, per Juni-Kilo loco per April-Mai 253 M. Br. per September-Oktober 259 M. Br. - Mühl geschäftslos, per 100 Kilo loco ohne Faß bei Kleinigkeiten 55,5 M. Br. per Dezember 53,5 M. Br. per April-Mai 56 M. Br. - Spiritus fest, per 10,000 Liter pSt. loco ohne Faß 54,5 M. bez. mit Faß - M. bez. per Dezember 54 M. bez. und Gd. per Januar-Februar - M. bez. per Frühjahr 55 M. bez. und Gd. per Mai-Juni 55,6 M. bez. Br. und Gd. - Angemeldet nichts. - Regulierungspreise: Weizen - Roggen - M. Mühl 5 M. Spiritus - M. - Petroleum loco 10,5 M. tr. bez. Kleinigkeiten - M. tr. bez., Regulierungspreis 10,5 M.

Deutiger Landmarkt: Weizen 205-212 M., Roggen 200-208 M., Gerste 150-160 M., Hafer 150-160 M., Erbsen 168-185 M., Kartoffeln 39-48 M., Heu 3-3,5 M., Stroh 36-39 M. (Office = 3tg.)

Stettin, 15. Dezbr. (An der Börse.) Wetter: Leicht bewölkt. 9 Gr. N. Morgens - 6 Gr. N. Barometer 28,2. Wind: SW.

Berlin, 15. Dezember. Die Börse hatte im Allgemeinen eine größere Beruhigung in Betreff der weiteren Entwicklung der Verhältnisse auf dem Geldmarkte gewonnen und nicht wenig hat hierzu der Umstand beigetragen, daß in den letzten Tagen der Reichsbank so beträchtliche Summen Goldes zugeflossen sind, daß, trotzdem in den ersten Tagen der Vorwoche ein kleiner Abfluß stattgefunden hatte, der diesmalige Wochenanweis der Bank eine Zunahme des Metallbestandes von etwa 5 Millionen aufweisen dürfte. Hiermit zerfallen also, wie wir dies auch schon gestern an dieser Stelle andeuteten, alle die Befürchtungen, welche man anfänglich in Verbindung mit dem begonnenen Gold-Abfluß gehegt hatte. Fühlte sich die Börse in dieser Weise von einer drückenden Sorge befreit, so würde ihr der heute im Gegensatz zu den vorangegangenen Tagen eingetretene

Stimmungswechsel um so leichter, als auch von anderer Seite ihr einige Anregung geboten war. Diese Anregung war ihr in den Berichten über die Eisen-Industrie gegeben. Die Glasgower Devisen melden ein Anziehen der Warrantpreise und ebenso wird aus den rheinischen Disiritten eine Erhöhung der Notierungen für Walzeisen mitgeteilt. Die nächste Folge dieser Meldungen war eine Belebung des Marktes für Montanwerthe, unter denen die von der Spekulation in ihren Kreis gezogenen Effekten vorzugsweise in den Coursen und im Verkehr profitierten. Aber auch die von den auswärtigen Börsenplätzen einlangenden Cours-Telegramme lauteten im Ganzen recht günstig und so konnten die internationalen Spekulationspapiere ebenfalls in den Notierungen anziehen. Die per Kasse gehandelten Werthe blieben indes trotz der festen Stimmung, die auf allen

Gebieten herrschte, mehr vernachlässigt. Ausländische Renten waren still und russische Werthe konnten sich weniger gut auf ihren bisherigen Coursstände behaupten. Eisenbahn-Prioritäten zeigten sich beliebter. Von einheimischen Devisen waren allerdings nur einige 4-prozentige Obligationen im Verkehr. Von auswärtigen waren Kaschau-Oderberger, Silber-Prioritäten und Wäbrisch-Schlesische Grenzbahn beliebter. Preussische, sowie andere deutsche Staatspapiere zeigten sich bei ruhigem Verkehr recht fest. - Per Ultimo notierten: Franzosen 482-2,50-1,50, Lombarden 166,50-7,50, Kreditaktien 496-7-4,50-4,95, Darmstädter Bank 152,90-75-53,10, Disconto 180,75-81-80,60, Deutsche Bank 150,90-50,50-50,60, Dortmund 86,50-6,75-86, Laurahütte 120,75-50-90,40. - Der Schluss

Fonds- u. Aktien-Börse.

Berlin, den 15. Dezember 1880.

Preussische Fonds- und Geld-Course.

Table with columns for bond types (e.g., Consol. Anleihe, Staats-Anleihe) and their corresponding prices.

Romm. G. B. I. 120/5

Table listing various bonds and their prices, including Romm. G. B. I. 120/5, II. IV. 110/5, etc.

Ausländische Fonds.

Table listing foreign bonds from various countries like America, Norway, Austria, etc.

Bank- u. Kredit-Aktien.

Table listing bank and credit stocks such as Badische Bank, Bf. Rhein. u. Westf., etc.

Industrie-Aktien.

Table listing industrial stocks like Brauerei, Damm, Deutsche Waagen, etc.

Eisenbahn-Staats-Aktien.

Table listing railway state stocks from various regions like Aachen-Mastricht, Altona-Kiel, etc.

Eisenbahn-Prioritäten.

Table listing railway priority stocks like Berlin-Dresden, Berlin-Görlitz, etc.

Winterr-Gamm

Table listing winter game stocks like Niederichl-Mark, Rhein-St. A. abg., etc.

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Table listing railway priority bonds from various lines like Aach.-Mastricht, Berg.-Märkische, etc.

Oberchlesl. v. 1874

Table listing Oberchlesl. v. 1874 and other regional bonds like Breg.-Neisse, etc.

Ausländische Prioritäten.

Table listing foreign priority stocks like Elisabeth-Westbahn, Gal. Karl-Ludwig, etc.